

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Rpt., bei Lieferung frei Haus 55 Rpt. Postbezug monatlich 2,50 RM. Die Behinderung der Lieferung redigiert keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 4 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimanteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. XII: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 4

Donnerstag, den 6. Januar 1938

90. Jahrgang

Gute Beziehungen zu Deutschland

Micescu über Rumäniens Außen- und Wirtschaftspolitik

Der neue rumänische Außenminister Micescu gewährte dem bulgarischen Vertreter des „Tempus“ eine Unterredung, in deren Verlauf er darauf hinwies, daß die Auffassungen der Nationalchristlichen Partei Rumäniens ebenso wenig mit denen des italienischen Faschismus wie des deutschen Nationalsozialismus wesensgleich seien. Es bestehe auch keine Verwandtschaft mit der französischen Auffassung des Menschenrechts. Die Lehrmeinung seiner Partei beziehe sich ausschließlich auf die Rechte des rumänischen Bürgers in Rumänien.

Auf die wirtschaftliche Lage eingehend, erklärte der Außenminister, daß Rumänien nicht mit jenen Völkern Wirtschaftsverhandlungen führen könne, die an den wirklichen Absichten Rumäniens zweifeln. Andererseits hätten vor dem Kriege stets Wirtschaftsbeziehungen zwischen Rumänien und Deutschland bestanden. Diese Beziehungen hätten daher auch heute niemanden überraschen.

Zwischen Rumänien und Italien sei von jeher Sympathie vorhanden gewesen. Die neue Regierung werde sich daher ebenso mit den wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland wie mit den Sympathien für Italien beschäftigen und sie weiterentwickeln.

Juda macht die Welt mobil

Ueberflüssige Fragen an Washington.

Der amerikanische Staatssekretär Hull lehnte es in der Pressekonferenz der Regierung am Mittwoch ab, zu den „Judenverfolgungen“ (I) in Rumänien Stellung zu nehmen. Hull erklärte, er verfolge die dortige Entwicklung ständig, sehe aber im gegenwärtigen Stadium der Ereignisse keinen Anlaß zu irgendwelchen Äußerungen.

Mehr Erfolg scheint das Behgeheißene des Weltjudentums in London gehabt zu haben. Die britische Regierung hat ihren Gesandten in Bukarest beauftragt, die nächste Gelegenheit wahrzunehmen, um die neue rumänische Regierung in freundlichster Weise an die Interessen zu erinnern, die die britische Regierung stets an dem Minderheitenverträge genommen hat, den Rumänien auf der einen Seite und die hauptalliierten und verbündeten Mächte auf der anderen am 9. Dezember 1919 in Paris unterzeichnet haben. Dieser Vertrag, heißt es erläuternd weiter, stelle den völkischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten ihre politischen Rechte und die religiöse Freiheit sicher.

Wie der diplomatische Korrespondent des „Evening Standard“ dazu meldet, werde auch der französische Gesandte in Bukarest einen ähnlichen Schritt unternehmen.

Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß nach England und Frankreich niemals sonderlich für den Schutz der deutschen Volksgruppen eingetreten haben, obwohl doch auch diesen der Minderheitenschutz seinerzeit zugesagt worden war.

„Kollektive Sicherheit in Südosteuropa endgültig vorbei“

Ein politischer Ueberblick des ungarischen Abgeordneten Rajniß Budapest. Der national-völkische Reichstagsabgeordnete Dr. Franz Rajniß weist in einem grundsätzlichen Ueberblick über die weltpolitische Lage zu Beginn des Jahres 1938 darauf hin, daß in dem neuen Zeitalter nur ein starker Glaube reines Heldentum, Gemeinshaftswille und völkische Einheit neue Möglichkeiten schaffen könnten. Mit Geld und materiellen Vorteilen allein könne die Heilung nicht gebracht werden. Die Verkünder nationaler Strömungen hätten an Gewicht und Ansehen zugenommen. Ihr Einfluß sei überall spürbar.

Die Ereignisse des letzten Jahres zeigten, daß der Gedanke der kollektiven Sicherheit in Südosteuropa und das Zeitalter Barthous unwiderbringlich vorbei seien. Eine neue Atmosphäre herrsche in Mitteleuropa und im Donauraum.

Die Achse Berlin-Rom sei endgültig geschmiedet und der Weg frei für einen neuen auf dem wahren Recht aufgebauten Frieden.

Auf einzelne Staaten übergehend erklärte Rajniß die Streiks Kämpfe und Unruhen zeigten, daß die marxistische Gefahr in Frankreich um sich greife. Dagegen habe der erste Versuch des rumänischen Nationalismus den Zusammenhalt der Kleinen Entente auf die Entscheidungssprobe gestellt. Die Kräfte Englands würden in gesteigertem Maße durch den Fernostkonflikt in Anspruch genommen, so daß London in der europäischen Politik zu Vorzicht gemacht werde. England kämpfe im Fernen Osten, in Ägypten, in Arabien und Palästina um sein Ansehen.

Das Jahr 1938 werde in jedem Falle die Illusionen des Liberalismus endgültig zerstören. Die nationale Idee werde dagegen mit dynamischer Kraft zum Durchbruch kommen. Die Ereignisse des Jahres 1937 ermutigten das ungarische Volk, auf dem Wege des Kampfes für die nationale Idee und die Gerechtigkeit fortzuschreiten.

Rom-Protokollstaaten-Konferenz in Budapest

Am 10. Januar beginnt in Budapest die Konferenz der drei Rom-Protokollstaaten Italien, Oesterreich und Ungarn. Die Abreise der ausländischen Staatsmänner erfolgt am 13. Januar. Bei den Beratungen der drei Außenminister werden alle die drei Rom-Paktstaaten interessierenden Fragen sowie auch andere aktuelle außenpolitische Probleme zur Erörterung kommen.

Zehn Adolf-Hitler-Schulen

Heimstätten nationalsozialistischer Führerauslese.

Am Sonntag, dem 16. Januar, findet in Waldbrühl im Gau Köln-Nachen in Anwesenheit des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley und des Reichsjugendführers Baldur von Schirach in einem feierlichen Festakt die Grundsteinlegung für eine Adolf-Hitler-Schule statt, der von allen deutschen Sendern übertragen werden wird. Gleichzeitig damit wird der Grundstein für neun weitere Adolf-Hitler-Schulen gelegt, und zwar in Koblenz (Gau Koblenz-Trier), Landstuhl (Gau Saarpfalz), Wittental (Gau München-Oberbayern), Hesselberg (Gau Franken), Weimar (Gau Thüringen), Schnedengrün bei Plauen (Gau Sachsen), Potsdam (Gau Kurmark), Heiligendamm (Gau Mecklenburg), Tilsit (Gau Ostpreußen).

Damit wird der erste Abschnitt zur Erstellung der für die nationalsozialistische Jugenderbziehung und Führerauslese wichtigsten Institute eingeleitet. Wie Reichsorganisationsleiter Dr. Ley bereits vor einiger Zeit bekanntgab, werden die Schüler der Adolf-Hitler-Schulen ohne Rücksicht auf Stand und Vermögensverhältnisse der Eltern aus allen Schichten der Bevölkerung durch die Partei ausgewählt und einer ganz besonderen charakterlichen Schulung sowie der besten wissenschaftlichen und weltanschaulichen Ausbildung, die das nationalsozialistische Deutschland kennen wird, anvertraut. Die Adolf-Hitler-Schulen werden eine Vorauslese für jene Männer sein, die späterhin auf den Ordensburgen der Partei zu den politischen Führern des nationalsozialistischen Deutschlands herangebildet werden sollen.

Amerika-Deutscher Volksbund legal

Zusammenbruch von jüdischen Beschuldigungen

Die amtliche Untersuchung der besonders von jüdischer Seite gegen den Amerika-Deutschen Volksbund immer wieder erhobene Beschuldigung einer ungeheuerlichen Betätigung ist nach fünfmonatiger Dauer nunmehr abgeschlossen worden. Justizminister Cummings teilte amerikanischen Pressevertretern mit, daß der Chef der Bundes sicherheitsbehörde, Edgar Hoover, in seinem elf Bände umfassenden Bericht keine gerichtlichen Maßnahmen gegen den Volksbund empfehle.

Der demokratische Abgeordnete Zitron hatte, wie erinnerlich, behauptet, daß 17 der vom Volksbund errichteten und der Freizeiterholung seiner Mitglieder dienende Lager „in geschwindiger Weise für nationalsozialistische Ausbildungszwecke benutzt“ würden.

Aktion gegen Sudetendeutsche

Angeblieh geschmuggelte Liebesgabenpakete aus Sachsen.

Nach einem Bericht des sudetendeutschen Blattes „Die Zeit“ wurden in den Bezirken Reudel, Bärnigen und Platten in Westböhmen bei über 200 Amtsträgern der Sudetendeutschen Partei sowie in den Bezirkskanzleien der SDP. Hausdurchsuchungen durch die Staatspolizei vorgenommen. Die Beamten schleppten alle Schriftstücke aus den Kanzleien der SDP. fort. Wie später bekannt wurde, ist dieses beschlagnahmte Material verschwunden. Die Amtsträger der SDP. wurden einem Verhör unterzogen und erst auf Vorprache von Parlamentariern der SDP. freigelassen. Ueber den Grund zu diesen Polizeimaßnahmen berichtet „Die Zeit“, daß die ärmsten und bedürftigsten Familien im Erzgebirge zu Weihnachten Lebensmittelpakete aus Sachsen zugeföhrt erhielten. Die Behörden vermuten nun, daß diese Aktion von der SDP. veranlaßt worden sei und behaupten, die Pakete seien durch Radfahrer und Motorradfahrerkolonnen der SDP. über die Grenze geschmuggelt worden. Der SDP.-Bezirksleiter

Des Volkes Wohl bestimmt das Tun

Hilgenfeldt: „Unsere Arbeit geschieht auf dem Weg absoluter Freiwilligkeit“

Auf einer Arbeitstagung der NSD., Gau Schlesien, in Bad Flinsberg sprach Hauptamtsleiter Hilgenfeldt über die von der NSD. zu leistenden volkspflegerischen Aufgaben. Im Mittelpunkt allen Tuns und Handelns stehe einzig und allein das Wort: Deutsches Volk. Nur die Zusammenarbeit zwischen Bewegung und Staat mache es möglich, die vom Führer gestellten Aufgaben zu meistern.

Wir müssen eines als das Hervorstechendste unserer Arbeit, die zusätzlich zur kommunalen Wohlfahrtspflege tritt, herausstellen: Unsere Arbeit geschieht auf dem Weg absoluter Freiwilligkeit. Unsere Aufgabe lautet: Eine ständige Erziehungsaufgabe der Volksgemeinschaft. Un-

tere Arbeit von nun an und mundlich mit dem Leben auseinandersehen. Wir müssen an der Wiege des Lebens beginnen. Das wesentliche ist, daß der Reichsmittlerdienst über dem Weg seiner Schwesterstationen, Kindergärten usw. an die Familie herankommt. Der einzelne kann seinen guten Willen am besten beweisen, wenn er sich in dieser sozialen Arbeit einsetzt. Unsere Arbeit ist die Verwirklichung des deutschen Sozialismus. Wir haben die Aufgabe, Garanten der sozialistischen Idee der NSDAP. zu sein, und wir sind die Soldaten, die diese Idee verwirklichen und die über diesem Weg die Volksgemeinschaft schmieden und schaffen.

